

EUROFIGHTER

Schuss ins Knie

Nina Weiffensteiner

Dem Vernehmen nach will die künftige Kanzlerpartei ÖVP das Bundesheer weder mit mehr Budget ausstatten noch eine Entscheidung über die Eurofighter fällen. Stattdessen ist wieder einmal Evaluierung angesagt – womöglich werden die umstrittenen Abfangjäger sogar aus den Koalitionsverhandlungen herausgehalten.

Mit Verlaub, aber so lässt sich kein neues Militärpaket zusammenbasteln – noch dazu, wo als allgemein bekannt gilt, dass die Eurofighter wegen ihrer hohen Betriebskosten einen Großteil des Verteidigungsetats verschlingen. Genauso gut könnte ja ein Militärpilot versuchen, blind ein Flugzeug im heimischen Luftraum abzufangen.

Die türkise Herumdreckserei hat wohl andere Gründe: Einst legte sich die Partei unter ihrem Säulenheiligen Wolfgang Schüssel auf den milliardenschweren Kampfjet fest. Seitdem hat eine Reihe von ÖVP-Obleuten und ÖVP-Finanzministern dazu beigetragen, das Verteidigungsbudget auf jenes von Zwergstaaten wie Malta oder Luxemburg zusammenzuschumpfen.

Doch eine Stilllegung der Abfangjägerflotte, wie vom scheidenden (roten!) Verteidigungsminister geplant, kommt für Kurz, Sobotka und Co offenbar aus Prestige Gründen nicht infrage. Damit verkommt ihr ostentativer Kassasturz vor den Verhandlungen nachträglich noch mehr zur Farce. Und die türkise Selbststilisierung als Sicherheitspartei gleicht immer mehr einem Schuss ins eigene Knie.



Büchse des sexuellen Machtmissbrauchs

derStandard.at/Cartoons

EU-AGENTUREN

Glücksfee am falschen Ort

Andreas Schnauder

And the winners are: Amsterdam und Paris. Doch im Unterschied zum Oscar wurde über die Standorte der EU-Agenturen Montagabend letztlich per Los entschieden, weil bei der Abstimmung Gleichstand mit Kontrahenten herrschte. Paris machte sich mit Dublin als Standort für die Europäische Bankenaufsicht (EBA), Amsterdam mit Paris um die Arzneimittelagentur (EMA). Nicht nur die Tatsache, dass die Entscheidung der Glücksfee überlassen wurde, lässt Zweifel am Auswahlmodus aufkommen. Auch die grundsätzliche Methode, die Staaten abstimmen zu lassen, darf hinterfragt werden. Das führt nämlich zu allerlei Rivalitäten und unheiligen Allianzen.

Besonders bitter ging das Hauen und Stechen für Mailand aus. In zwei Runden noch „Bestbieter“ für die EMA, ging die Metropole leer aus, weil sich nach dem Ausscheiden von Kopenhagen mehrere Staaten auf die Seite der Niederlande schlugen. Wer weiß, was da noch alles in die Entscheidung hineinspielte. Hat Frankreich auf Posten verzichtet, um die EBA zu bekommen? Finanzminister Bruno Le Maire galt als Mitfavorit für den Eurogruppenchef, zog sich aber als Kandidat überraschend zurück. Nun soll Hans Jörg Schelling gute Karten haben. Könnte das etwas mit dem verheerenden Abschneiden Wiens, das bei EBA und EMA nicht in die zweite Runde kam, zu tun haben?

Man weiß es nicht, und da liegt auch das Problem. Denn intransparente EU-Entscheidungen gibt es schon genug.

GEOBLOCKING BEI ONLINEDIENSTEN

Grenzenlos fernsehen

Markus Sulzbacher

Und was ist mit Netflix? Die EU hat sich zwar auf ein Aus für Geoblocking geeinigt, aber nur für das Einkaufen im Netz. Künftig dürfen Europäer wählen, von welcher Website sie etwas kaufen wollen, ohne blockiert oder umgeleitet zu werden. Belgier dürfen bald billige Kühlschränke in Deutschland ordern oder österreichische Blogger Dienste spanischer Internetagenturen nutzen. Das sind gute Nachrichten für Konsumenten.

Aber der EU-Rat konnte sich nur zu einer halben Lösung durchringen. Für TV- und Musikstreaminganbieter bleibt der anachronistische Gebietsschutz bestehen. Es ist weiterhin nicht möglich, hierzulande Serien aus England oder Fernsehdokumentationen aus Frankreich zu sehen. Der Grund: Der Rat hat auf die Copyrightverwerter gehört, die weiterhin ihre Angebote in jedem EU-Mitgliedsland einzeln verkaufen wollen, damit sie so mehr verdienen. Mit dem oft beschworenen „gemeinsamen Markt“ innerhalb der EU hat das nichts zu tun. Das ist eine Regelung aus der Mottenkiste des Frühkapitalismus.

Doch es gibt Hoffnung: Das EU-Parlament konnte ausverhandeln, dass die Verordnung bereits in zwei Jahren evaluiert werden muss. Spätestens dann sollten heimische Schüler das gesamte Programm des deutsch-französischen Fernsehsenders Arte – auch in französischer Sprache – sehen können. So wie es beim Satelliten-TV seit Jahren problemlos möglich ist.

Wahlrecht der schlechten Optionen

Das deutsche Jamaika-Desaster schafft neue Argumente für ein Mehrheitswahlsystem

Eric Frey

Fast siebzig Jahre ist die Bundesrepublik Deutschland mit ihrem Wahlrecht gut gefahren. Jeder Partei, die die Fünfprozenthürde überspringt, steht eine proportionale Vertretung im Bundestag zu. Ein Wahlsieger wandte sich dann an eine kleinere Partei als Mehrheitsbeschafferin; die Koalitionen waren stabil.

Seit 2013 ist Sand im demokratischen Getriebe. Angela Merkel gewann zwar die Wahl, aber nicht die Absolute, und ein Partner aus dem Mitte-rechts-Spektrum stand nicht mehr zur Verfügung. Die große Koalition mit der SPD funktionierte zwar gut, hatte aber bei der heurigen Wahl die gleiche Wirkung wie in den Jahren zuvor in Österreich: Die Volksparteien verloren stark, der rechte Rand legte zu. Und plötzlich kann keine tragfähige Koalition mehr gebildet werden – weder Jamaika noch eine große.

Die Schuld daran Merkel, FDP-Chef Christian Lindner oder SPD-Chef Martin Schulz, der partout nicht mehr kleiner Koalitionspartner sein will, zuzuschreiben, greift zu kurz. In einem fragmentierten Parlament mit extremen Parteien, die weder koalitionsfähig noch -willig sind, fehlt es oft an stabilen Regierungsoptionen. Große Koalitionen zwischen Volksparteien lassen Wähler frustriert zurück und stärken die politischen Ränder. Bündnisse mehrerer Fraktionen mit höchst unterschiedlichen Kulturen sind grundsätzlich instabil; die Chancen, dass eine Jamaika-Koalition vier Jahre lang gehalten hätte, waren nie sehr groß. Und Minderheitsregierungen funktionieren nur dort, wo eine Partei zur parlamentarischen Unterstützung bereit ist, ohne selbst mitzuregieren.

In Österreich wird nun die vierte Option probiert: Die rechte, in Teilen sogar rechtsextreme Protestpartei soll mitregieren. Das kann den Zulauf der Wähler, zu dem ihr die Jahre der großen Koalition verholten haben, bremsen, gibt aber auch einigen Grund zur Sorge. Und wirklich nachhaltig – das hat die Schüssel-Ära gezeigt – sind solche Konstellationen auch nicht.

In einer solchen Situation würde ein Mehrheitswahlrecht helfen. In Frankreich kann Emmanuel Macrons Partei LRM allein regieren, obwohl sie im ersten Wahlgang weniger als 30 Prozent erhielt; in Großbritannien hat das im Normalfall auch gereicht. Es wäre nicht so schlecht, wenn auch Merksels Union allein regieren könnte. Und seit

Jahren gibt es in Österreich regelmäßig Rufe nach einem Mehrheitswahlrecht.

Ein Blick in den Osten zeigt, dass ein solcher Systemwechsel Gefährdung birgt. In Ungarn erreichte Viktor Orbáns Fidesz 2014 mit 45 Prozent der Stimmen eine Zweidrittelmehrheit, in Polen die PiS 2015 mit 38 Prozent eine klare absolute Mehrheit. In beiden Ländern hat damit eine Minderheit eine Dominanz erzielt, die den Rechtsstaat gefährdet. Auch in Italien ist die von Matteo Renzi angestrebte Wahlrechtsreform auch an der Sorge gescheitert, dass ein Bonus für die jeweils größte Partei Beppo Grillos Fünf-

Sterne-Bewegung an die Macht bringen könnte – so wie das Persönlichkeitswahlrecht in den USA Donald Trump zum Präsidenten gemacht hat.

Dennoch ist jetzt die Zeit gekommen, über ein Mehrheitswahlrecht oder zumindest eine mehrheitsfördernde Reform nachzudenken – am besten verbunden mit einer Stärkung von Verfassungsgarantien. Die Fragmentierung der Parteienlandschaft wird weitergehen und von Bildern wie denen vom Jamaika-Desaster nur noch beschleunigt werden. Und Unregierbarkeit – das wissen die Deutschen nur zu gut – ist die gefährlichste Option.

KOPF DES TAGES

Flüchtling wird zum Spielball der Politik



Der Syrer Ahmad Shamieh soll von Slowenien nach Kroatien gebracht werden.

Foto: Picturedesk

Ahmad Shamieh hört nicht auf zu betonen, dass er bereit sei, in Slowenien jegliche Arbeit anzunehmen. Der 45-Jährige meint, er könne sowohl als Autowäscher, als Mechaniker, als Fahrer oder auch als Friseur arbeiten. Dabei zweifelt ohnehin niemand an der Integrationswilligkeit des Mannes aus dem syrischen Darayya in der Nähe von Damaskus. Das Problem ist ein ganz anderes: Slowenien ist laut der Dublin-Verordnung ganz einfach nicht für Shamieh zuständig – sondern das Nachbarland Kroatien.

Dem Syrer wurde dies offenbar nicht ausreichend erklärt, als er im Zuge der Flüchtlingswelle Anfang 2016 nach Europa kam. Weil nach Griechenland nicht abgeschoben werden durfte, war während der Zeit, als der Korridor bis Mitteleuropa noch offen war, Kroatien als erster EU-Staat für viele Migranten zuständig. Nun macht es tatsächlich keinen großen Unterschied, ob Shamieh in Ljubljana oder im 140 Kilometer entfernten Zagreb lebt. So einer wie er wird sich dort und da gut integrieren können – so viel ist sicher.

Doch der Fall Shamieh ist in Slowenien zum Politikum geworden. Ähnlich wie im Fall von Arigona Zogaj vor zehn Jahren in Österreich diskutiert mittlerweile die ganze Nation mit.

Sogar das politische Schicksal von Regierungschef Miro Cerar steht auf dem Spiel. Cerar setzt sich nämlich für Shamieh ein, um linke Stimmen zu gewinnen. Der Vorbildmigrant nennt Slowenien schließlich sogar seine „zweite Heimat“.

Die Rechten politisieren den Fall wiederum, um bei den Migrationsgegnern zu punkten. Der mediale Druck auf den Syrer ist enorm – um dessen Wohlbefinden scheint es schon lange nicht mehr zu gehen.

In Darayya hatte Shamieh eine Mechanikerwerkstatt, die Familie lebte gut. Als er 2016 an der österreichischen Grenze zurückgewiesen wurde und in einem Flüchtlingsheim in Ljubljana landete, lernte er sofort Slowenisch und arbeitete in der Flüchtlingsintegration. Auch deshalb bekommt er von Helfern, Künstlern und Medien Unterstützung, um seine Abschiebung nach Kroatien zu verhindern.

Zurzeit befindet sich Shamieh im Spital. So kann er noch für eine Zeit in Slowenien bleiben. Geht Shamieh allerdings ins Flüchtlingsheim zurück, wird er wahrscheinlich sofort abgeschoben. Seine Bekanntheit könnte ihm sogar zum Verhängnis werden: Schließlich wird auch die politische Rechte das Vorgehen der Behörden genau beobachten. Adelheid Wölfl